

Mittliche



Zeitung

15 Pfennig

Gründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt vereinigt), Sonntags mit dem illustrierten „Sonntags-Zeitung“. Sonstige Beilagen: „Musikblatt“, — „Recht und Leben“, — „Umschau in Technik und Wirtschaft“, — „Für Reise und Wanderung“, — „Literarische Umschau“.

Wöchentlich 1,— Mark, monatlich 4,50 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustell- und Abholung. Bei Bestellung gegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 25 Pf., Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein (Chefredakteur: Georg Bernhard Vossow, Redakteur: In Anst. d. Bismarckstr.) Carl Müllers, Berlin Ullstein.
Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Verlags-Zentrale Ullstein, Am Dönhofs 3600-3608, für den Fernverkehr: Am Dönhofs 3608-3609. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 964.

Schwierigkeiten für Marg.

Sorfführung der Verhandlungen

Die Bemühungen des Reichsfanzlers Marg, gemäß dem ihm erteilten Auftrag so rasch wie möglich eine Regelung zu finden, haben gestern noch zu keinem Ergebnis geführt. Während dem Reichsfanzlerinnen und dem Reichsfanzler bald gestern eine Unterredung statt, auf Grund deren der Reichsfanzler heute die Verhandlungen fortführen wird.

Das ist der Inhalt einer offiziellen Mitteilung, die über die gestrigen Verhandlungen ausgegeben wurde. Die Hoffnung des Reichsfanzlers, innerhalb 24 Stunden eine vollständige Mitteilung über die Verhandlungen zu erhalten, wird nunmehr zu einem rasch nicht zu erwartenden Ergebnis zu führen. Die Verhandlungen über die Befreiung der einzelnen Portefeuilles auf unumkehrbar große Schwierigkeiten gestoßen. Es haben nicht nur alle Schwierigkeiten abgeklärt, sondern der Reichsfanzler die Verhandlungen zu vertagen sollte, auch die Schwierigkeiten der Verhandlungen, die in die neue Regierung übernommen werden sollten, waren nicht alle, ihre Portefeuilles zu behalten, so der Reichsfanzlerinnen Minister Carl Rath und Reichsfanzlerminister Dr. Müller, was den Reichsfanzler Dr. Rathes aber legte der Reichsfanzler besonderen, um nicht zu sagen: entzündenden Wert.

Im Reichsfanzler wurde gestern, als der Reichsfanzler sich zum Reichsfanzlerinnen begibt, festgestellt, daß sie bei den Verhandlungen, auf weitere Schwierigkeiten zu verzichten und den

Auftrag zurückzugeben. Es wurde ferner als wahrheitsgemäß erklärt, daß der Reichsfanzler sich dem an Dr. Rathes mit dem Auftrag gegeben wurde, ein überparteiliches Komitee zu bilden. Dr. Rathes soll zur Übernahme dieser Aufgabe bereit sein. Soweit es sich ebenfalls, wie aus dem offiziellen Kommuniqué hervorgeht, noch nicht. Der Reichsfanzler wird heute seine Verhandlungen fortführen. Die für günstigeren Ausblick auf eine Lösung der Streitigkeiten werden, als die gestrigen Verhandlungen, muß abgemerkt werden.

Stresemann im Auswärtigen Ausfluß.

Der auswärtige Ausfluß des Reichsfanzlers ist für heute vorzeitig um 10 Uhr eintraten. Reichsfanzlerminister Dr. Stresemann wird ausführlich über die außenpolitischen Fragen sich äußern, vornehmlich über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen, über die Räumungsfrage und den Wälzschuh. Zum Vorhinein des auswärtigen Ausflusses ist Abg. Dr. Hergt, zu seinem Stellvertreter Abg. Müller-Franke gewählt worden.

Jarres' Ausscheiden.

In der gestrigen Sitzung des Reichsrates hat sich der bisherige Reichsinnenminister Dr. Jarres verabschiedet und erklärt, daß er seinen Posten als Oberbürgermeister in Duisburg zurücklegt.

Ablehnung des Provisoriums

Die Verhandlungen gehen weiter.

Das Reichsministerium kam in seiner gestrigen Sitzung auf Grund des Beschlusses von Staatspräsident Eberts zur Beschlusse, daß der Vertrag von Frankfurt vorgeschlagene provisorische Handelsvertrags-Gestaltung nicht angenommen werden kann.

Staatsminister Erenfelsburg, der Leiter der deutschen Delegation für die Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich, hat sich nach gestern Abend nach Paris zurückbegeben. Die Verhandlungen gehen unter seiner Leitung weiter. Für heute nachmittags ist in Paris eine Sitzung der deutschen und französischen Delegation angesetzt, in der die bevorstehenden Sachverhandlungen für Rente, Holz, Papier und Lössen bis das Ergebnis ihres bisherigen Meinungs-austausches Bericht erstatten.

Wenn auch die Verhandlungen ihren Fortgang nehmen, so ist doch durch den gestrigen Beschlusse des Reichsministeriums die Zufolge gegeben, daß vom 11. Januar ab gegenüber Frankreich in handelspolitischer Beziehung der vertragslose Zustand eintritt und von deutscher Seite aus, ebenso wie von französischer Seite bisher der Fall war, der autonome Zolltarif angewandt wird und alle Sondervereinbarungen fortfallen.

Kundegebung der Ruhrindustrie.

Die Essener Industrie- und Handelskammer gegenüber dem Provisorium.

Die Industrie- und Handelskammer Essen hat an den Reichsfanzler, den Reichsfanzlerinnenminister und das Auswärtige Amt folgendes Telegramm geschickt:

„Die Reichsregierung hätte sich die französischen Forderungen zum Wohlstand eines dreimonatigen Handelsprovisoriums. Daß diese Forderungen noch dem nun schon mehrere Monate dauernden Meinungs-austausch überhaupt gefällt werden könnten, offenbar die brutale Willkür, mit der man glückw. Deutschland verurteilt zu können.“

Wenn das die vollständige Antwort auf die von deutscher Seite maßgebenden und verständlichen Geistes gemachten Vorlesung ist, die oft genug als Bekehrtes und Geringes bezeichnet wurden, was die deutsche Wirtschaft für sich nicht verlangen zu können, so hätte sich demnächst die deutsche Wirtschaft zu dem in der Reichsregierung vertretenen Wirtschaftsführer, insbesondere aber dem unabweislichen Meinung der namhaften Wirtschaftsführer des Reiches, nur eine häufig abgegebene Ablehnung dieser unwürdigen und unannehmbaren Vorlesung übrig. Nicht nur das, sondern auch die deutsche Wirtschaft, die am 10. Januar gegen Frankreich alle Maßnahmen handels- und zollpolitischer Natur ergreifen werden, zu denen die Reichsregierung auf Grund des § 10 des Zolltarifgesetzes und § 7 der Weisungsbekanntmachung ernächtigt ist.

Der Kampf gegen Herriot.

Nachrichtenblatt der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 8. Januar.

Die nationalpolitische Presse hat behauptet, Herriot habe während der Konferenz den deutschen Delegierten die Zulassung gegeben, daß Frankreich die Grundsätze der deutschen Waren ins Gesamtgebiet nach dem 10. Januar 1923 nicht bestanden werden. Diese Angabe ist heute vorzeitig durch ein von einem verbreiteten amtlichen Dokument für vollständig gefunden erklärt worden. Die nationalpolitische „Presse“ gibt das Dokument wieder und bemerkt dazu: Wir müssen auf unserem Behaupten bestehen, daß unsere Informationen den Behauptungen der Regierung vollständig widersprechen.

Frankreichs Angst vor Weißbegünstigung.

Nachrichtenblatt der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 8. Januar.

Seine vorzeitig nach am Quai d'Orsay unter dem Vorsitz Herriots ein Kabinetsrat stattfand, welcher sich nach dem amtlichen Kommuniqué hauptsächlich mit dem Projekt für den „Nationalen Wirtschaftsrat“ beschäftigte. Handelsminister Magny wurde nach dem Kabinetsrat von den Pressevertretern gefragt, wie die Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland stehen. Der Minister antwortete, er werde morgen seine Besprechungen mit dem deutschen Delegationsleiter in Brüssel wieder aufnehmen. Magny bemerkt weiter, zwischen Deutschland und Italien sei ein Modus vivendi auf Basis der Gleichberechtigung zustande gekommen. Frankreich könne nicht die Interessen anderer Länder Weißbegünstigung ausgeben, weil es nach dem französischen Gesetz nicht zulässig wäre, weil es eine beratige Regelung binnen wenigen Monaten eine fürchtbare Arbeitslosigkeit für Frankreich herbeiführen würde.

Die Wiederaufbaurechte.

Nachrichtenblatt der „Vossischen Zeitung“.

vi Paris, 8. Januar.

Beendet durch die Einprüfung der Rechte für die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete, ist der Kabinetsrat für die zerstörten Gebiete zu einer Volltagung zusammengetreten. Es ist beschlossen worden, auf den 28. Januar eine Generalversammlung der Mitglieder des Ausschusses einzuberufen, um einen Aktionsplan auszuarbeiten, der dritte und nötige Wiederherstellung der zerstörten Gebiete aufzufassen wird.

Kölns Protest.

Nachrichtenblatt der „Vossischen Zeitung“.

vi Köln, 8. Januar.

In der Kölner Stadtverordnetenversammlung gab Oberbürgermeister Dr. Dehnen heute abend folgende Erklärung ab, der sich alle Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten angeschlossen hatten:

„Die Nichträumung der Kölner Zone zu dem in dem Berliner Vertrage festgesetzten Termin erfüllt insbesondere die Bewohner der besetzten Gebiete mit Egidius und Bitterkeit. Auf eine unwürdige Art in der Geschichte der Stadt ohne Beispiel dahingehende Zeit ist durch den Berliner Vertrag die Befreiung der Rheinlande angeordnet. Das besetzte rheinische Gebiet hat diese Zeit, mit dem Rechtsempfinden der Kulturvölker nicht zu vereinbarende Unfreiheit auf sich genommen in der Erwartung und Überzeugung, daß die in dem Vertrage zu seinen Gunsten festgesetzten Termine eingehalten würden. In dieser Erwartung hat sich die Bevölkerung des gesamten, auf Grund des Berliner besetzten Gebietes auf das empfindlich gefühlt. Wenn heute, im Artikel 429 festgesetzte Termine nicht eingehalten werden, so steht dann dafür ein, daß die letzten Termine eingehalten werden? Für das besetzte rheinische Gebiet ist daher die Nichträumung der Kölner Zone der härteste Schlag, der es seit dem Zusammenbruch des Jahres 1918 trifft.“

Es kann ferner zweifel unterliegen, daß jedes unparteiliche Gericht die Vertragsstreue Deutschlands als vorhanden und damit die Vorbedingungen der Räumung vom 10. Januar als gegeben ansehen würde und daß die Geschichte bereits das gleiche Urteil fällen würde. Insbesondere ist die Bevölkerung Deutschlands, als Ganzes betrachtet, bis zu einer völligen militärischen Ohnmacht durchgeführt, selbst wenn in belanglosen Einzelheiten dem Befragen einiger weniger, ausschließlich militärisch denkender Persönlichkeiten nicht vollkommen Genüge gegeben sein sollte. Wenn auf der Seite der alliierten Mächte über den Grad der Entlohnung und militärischer Ohnmacht Deutschlands Zweifel herrscht, so hätten diese Zweifel in Deutschland nicht und rechtsgültiger zur Kenntnis der deutschen Regierung gebracht werden müssen, damit noch am 10. Januar im Wege der Verhandlung eine Klärung der ganzen Angelegenheit hätte herbeigeführt werden können.

Dagegen haben die Befehlsmächte eine Art der Verhandlung dieser Frage beliebt, die gerade das Rheinland auf das tiefste erdittern muß, die im schreienden Gegensatz steht zu der Loyalität, mit der die Last der deutschen Schuld im Rheinlande während der vergangenen Jahre getragen worden ist.

Die Konfliktklärung der deutschen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ist die Voraussetzung, welche der Zusammenbau verlangt, unumgänglich. Diese Konfliktklärung hat durch das Vorgehen der Befehlsmächte eine erhebliche Schwächung erfahren. Die Reichsregierung und die große Mehrheit des deutschen Volkes hat bereit, die in London übereinkommen internationalen Verpflichtungen durchzuführen. Diese Verpflichtungen sind aber so groß, daß ihre Erfüllung ungenügend ist. Die Entscheidung des deutschen Volkes hat in vergangenen Jahren gegeben. Es wird durch die Nichträumung der Kölner Zone auf eine fast schwere Probe gestellt. So steht das besetzte rheinische Gebiet, das nach der Londoner Konferenz des Jahres 1924 geboren hatte, aufzutauchen, von neuem die schwersten Leiden heranzuliegen.

Das besetzte rheinische Gebiet bittet und begehrt daher die Regierungen und Völker der Befehlsmächte, die in sein Gebiet, in das besetzte Rheinland, in das besetzte Europa so tief einschneidende Räumungsfrage nicht heimlich, nicht in einer für alle Beteiligten unwürdigen Weise, sondern in der durch den Ernst und die Bedeutung der Sache gebotenen Eile mit aller Loyalität und im Sinne der Wahrheit, der geistigen Arbeit, die für die Wohlfahrt ganz Europas unerlässlich ist, zu lösen.

Die Reichsregierung bitten wir, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die möglichst baldige Befreiung Kölns und der Kölner Zone herbeizuführen.

Wir Mitglieder erlauben wir, ihre bereitwillige Erörterung zu prüfen und die Last der Befreiung weiter bis zu der hoffentlich bald folgenden Stunde der Befreiung zu tragen.“

Eine aus Vertretern des besetzten Gebietes bestehende Vorberingung beginnt sich morgen nach Berlin, um der Reichsregierung die Auffassung des besetzten Gebietes über die Nichträumung der Rheinzone zum Ausdruck zu bringen.